

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 30.

Donnerstag den 30. Januar 1879.

73. Jahrgang

Erste Ausgabe täglich früh 6 1/2 Uhr.
Abendausgabe 7 1/2 Uhr.
Kleinanzeigen...
Kontaktdaten...

Abonnementspreis...
Jahrespreis...
Einzelhefte...

Rugholz-Auction.

Freitag, den 7. Februar a. c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Gonnwitz auf dem Mittelwaldböschung in Abtheilung 89 ca. 51 eichene, 88 buchene, 1 ahorn, 17 maholberne, 3 eichene, 48 rüsterne, 1 apfelbaumener und 2 eichene Kahlhölzer, sowie 25 eichene Schirrhölzer unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Reichthenden verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Ronne, am Ronnenwege und der nassen Wiese, unweit des Schloßhauer Wegs.
Leipzig, den 18. Januar 1879.
Des Reichs Reichsdeputation

Realschule 1. Ordnung.

Anmeldungen neuer Schüler für Otern dieses Jahres werden Donnerstag, den 30. und Freitag, den 31. Januar, Vormittags von 8 bis 11 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, gegen Vorlegung des Geburts- oder Taufzeugnisses, des Impfscheines und der letzten Schulzeugnisse von uns angenommen.
Die Aufnahmeprüfung wird Donnerstag, den 27. Februar, von früh 8 Uhr an stattfinden.
Leipzig, am 26. Januar 1879.
Stefel.

Bekanntmachung.

Gemäß mehrfach ausgesprochenem Wunsche und mit Genehmigung der Kircheninspektion wird an jedem 1. Sonntag des Monats mit dem Abendgottesdienste in der Petruskirche die Feier des Abendmahls, verbunden mit dem Abendgottesdienste, abgehalten werden.
Die Beichte wird eine halbe Stunde vor dem Abendgottesdienste, also 5 1/2 Uhr beginnen, und abwechselnd von den Herren Diakonen gehalten werden.
Der Anfang dieser Abendcommunionen wird stattfinden: am 4. Epiphaniastage, Sonntag den 3. Februar.
Die Communionen bei den Morgengottesdiensten bleiben von dieser Einrichtung unberührt.
Leipzig, den 30. Januar 1879.
Des Reichs Reichsdeputation

Rugholz-Auction.

Montag, den 3. Februar a. c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Gonnwitz auf dem diehlhagen Mittelwaldböschung in Abtheilung 5 am großen Gerode, sowie auf dem Kahlhagen in Abtheilung 14a an der Reußhäger Brücke ca. 69 eichene, 108 buchene, 61 rüsterne, 29 ahorne, 6 eichene, 27 lindene, 3 maholberne, 86 eichene und 11 ahorne Kahlhölzer, ferner 8 eichene Kahlhölzer, 88 Stück rüsterne Schirrhölzer, 50 Schirrhölzer, 100 Schirrhölzer und 100 Schirrhölzer unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Reichthenden verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldböschung in Abtheilung 5 am großen Gerode, in der Nähe des Forsthauses und der alten Linde.
Leipzig, am 29. Januar 1879.
Des Reichs Reichsdeputation

Rug- und Brennholz-Auction.

Freitag, den 21. Februar a. c. sollen im Forstreviere Gonnwitz auf dem Mittelwaldböschung in Abtheilung 48a, I. von Vormittags 9 Uhr an ca. 47 harte eichene, 4 buchene, 6 ahorne, 7 eichene und 5 lindene Kahlhölzer, sowie 16 eichene Schirrhölzer, II. von Vormittags 10 Uhr an ca. 150 Raummeter eichene Brennholzteile, 28 Haufen eichener Abraum, 150 Haufen eichener Schlagreißig und 90 Bund Torf unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Reichthenden verkauft werden.
Zusammenkunft: im sogenannten Ritterwerder an der Plagwitzer Straße, unmittelbar vor Plagwitz.
Leipzig, am 26. Januar 1879.
Des Reichs Reichsdeputation

Hervortreten der Socialdemokratie.

Berlin, 28. Januar. Zum ersten Male nach dem Erlasse des Socialistengesetzes machten gestern die Socialdemokraten in Berlin den Versuch, wieder in die Öffentlichkeit zu treten. Das Begehren seiner Zeit über die fünfjährige Exil seiner „mandatgemachten“ Partei anhängige, ist gestern in den „Reichshallen“ eingetroffen. In die von dem Abg. Eugen Richter einberufene Versammlung, die an 2500 Köpfe zählen mochte, schoben sich etwa 200 auf verschiedene Punkten des Saales vertheilte Socialdemokraten ein. Neben der von dem fortschrittlichen Vorstand aufgestellten Resolution: „Der Reichstag möge alle Zollvorlagen auf unentbehrliche Rohstoffmittel des Volkes ablehnen“, pflanzte die Socialdemokraten ihre eigene auf, welche auf den bekannten Wunsch hinausläuft, die Ausgaben für Militärvzwecke zu verringern und die einjährige Militärdienstzeit einzuführen. Ein obscurer Socialdemokrat, Namens Pfeiländer, vertheilte diese Resolution in gemäßigter Weise, als sonst bei diesen Herren üblich ist. Dazu mochte wohl die Temperatur der Versammlung und mehr noch das Dämmerlicht der Socialistengesetze gerathen haben. Mit einer Auflösung der Versammlung wäre die Socialdemokraten auch nicht geholfen gewesen, und die überwachende Polizei mochte letztere deshalb in den Reichshallen zügelnd und agitando lassen, um desto sicherer die Ausweisungsbefehle an ihre Adresse gelangen lassen zu können. Die Abendblätter theilen bereits den Wortlaut der Richter'schen Rede mit, die heute das Tagesgespräch bildet, das auch die morgen erscheinenden Journale in ausführlichen Beilagen behandeln werden. Zwar stellten die politischen und wirtschaftlichen Gegner der Fortschrittspartei gleichfalls ihr Rednercontingent auf, aber gegenüber der geschlossenen Phalanx der Fortschrittspartei gelang es denselben nicht, sich Gehör zu verschaffen. Die Socialdemokraten errangen in so fern einen Erfolg, als der erste Theil ihrer Resolution von der überwiegenden Mehrheit der Versammlung angenommen wurde. Derselbe lautet: „In Erwägung, daß die Ausgaben für Militärvzwecke außerordentliche Steuern nöthig machen und die Hauptveranlassung sind, indirecte Steuern einzuführen, erklärt es die Versammlung als erste Pflicht jedes Abgeordneten, dahin zu wirken, daß die Ausgaben für Militärvzwecke verringert werden.“ Jedenfalls hat der gestrige Tag wieder einmal bewiesen, daß die Socialdemokratie trotz ihrer äußerlichen Unterdrückung stets auf dem Sprunge steht, sich als einen Factor des Berliner politischen Lebens anzuspüren (Cost tout comme chez nous! d. R.). Der Kampf um die Wirtschaftspragen wird von der Socialdemokratie zur politischen Partei gemacht, indem sie sich zunächst an der Fortschrittspartei zu reiben sucht, die in der Hauptstadt ihr gefährlichster Feind ist. Deshalb wäre es an der Zeit, daß die Gesammtheit der liberalen Parteien vereinigt in die populäre Agitation gegen die politische Ausdehnung der wirtschaftlichen Interessen der Nation trete. Es ist in der That auffallend, daß der neu constituirte „Verein zur Förderung der Handelsfreiheit“ diese Agitation nicht in die Hand genommen hat. Ist es so weit

gekommen, daß der Socialdemokratie gegenüber politische Parteien ins Feld zu rücken haben, so können es nur die Fortschrittler und Nationalliberalen sein, die sich gegen ihre gemeinschaftlichen Gegner auf wirtschaftlichem Gebiete vereinigen. (Der Herr Correspondent zieht vorwiegend auf Berliner Verhältnisse ab. Dennoch im Reich liegen die Verhältnisse vielfach anders. D. R.) Der Freihandelsverein wäre ein solcher Hebel gewesen, wenn nicht die gegenwärtigen Führer es scheuten, in die Arena der Volkversammlung herabzuweisen und mit vollstänmlichen Waffen dem Gegner direct auf den Leib zu rücken. Mit wissenschaftlichen Vorträgen, Broschüren etc., die nur auf ein intelligentes Publikum berechnet sind, werden keine Siege über breite Volksmassen allein erstochen, die durch Irrlehren auf falsche Wege gekommen sind. Wäre die corn-law League so unpraktisch und selbstredend vorgegangen, wie jetzt der deutsche Freihandelsverein, so wäre die corn-bill niemals zur Aufnahme gelangt. Wir glauben den Wunsche Zahlreicher zu entsprechen, wenn wir für den Freihandelsverein und die volkswirtschaftliche Gesellschaft eine andere Basis der Organisation und eine ausgedehnte populäre Agitation empfehlen.

Wir lassen nachstehend einen ausführlichen Bericht folgen:
Nachdem mit überwiegender Mehrheit der Stadtverordnete Dr. Dornes zum Vorsitzenden gewählt worden war, äußerte sich der Abgeordnete Eugen Richter, mit einem nicht endenwollenden Jubel und wiederholten Hochs und Rufen empfangen, über die Frage der Getreidezölle in ungefähr folgender Weise: Er habe nicht geglaubt, daß es im Jahre 1879 noch in Deutschland erforderlich sein würde, über Getreidezölle zu sprechen. Fürst Bismarck habe und durch sein bekanntes Schreiben vom 16. December 1878 einen andern belehrt. Der Geheimen Regierungsrath Ludemann habe an den Bürgermeister von Offen geschrieben: es liege dem Richter daran, möglichst viele Zustimmungskunden für seine Zoll- und Steuerprojekte zu haben. Die Stadtverordnetenversammlung in Darmen habe auf diese Aufforderung mit einem Protest und die Stadtverordnetenversammlung zu Köln mit Ueberzeugung zur Tagesordnung gelangt. Der Kaiser habe außerdem eine Anzahl sogenannter „Bauernbriefe“ erlassen und auf diese auch Zustimmungskunden erhalten. Der Stil dieser Zustimmungsschreiben lasse aber eher auf einen Geheimen Rath, als auf Bauern zum Verfaßer schließen. Eine Anzahl landwirtschaftlicher Vereine, wie der landwirtschaftliche Verein in Schönhausen und der Landeskulturath in Sachsen haben mit einem Protest geantwortet. Es sei unklar, daß die Fortschrittspartei die Partei der Negative sei; die Fortschrittspartei hat im Gegentheil die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck unterstützt. Wenn jedoch jetzt plötzlich der Kaiser eine entgegenge setzte Politik verfolge, so könne doch die Fortschrittspartei nicht ebenfalls ihr Programm ändern. Man sage: es sei die Größe des Reichstanzlers, daß, wenn er einsehe, er befinde sich auf falschem Wege, er Umkehr halte. Nun, der Kaiser bedevete lediglich hohe Steuer-Einnahmen und, da ihm diese vom Reichstage stets verweigert worden, so bediene er sich als Mittel zum Zweck der Polypolitik. Der Kaiser verweise bei Getreidezöllen geringere directe Steuern, höhere Beamtengehälter und höheren Arbeitslohn. Die Wahrheit dieser Berechnung vorausgesetzt, so sei der höhere Arbeitslohn bei einer Preisverhöhung der notwendigen

Lebensmittel eine Illusion. Daß es mit den höheren Beamtengehältern noch weiter Wege habe, darüber sei er als Abgeordneter sehr genau unterrichtet (Dornes), und ebenso seien die geringeren directen Steuern eine bloße Redensart. Daß der Ausländer den Getreidezoll bezahlen werde, glaube der Kaiser selbst nicht. Der Ausländer, wie Rußland und Polen, woher Deutschland das meiste Getreide beziehe, werde den an der deutschen Grenze gezahlten Zoll nicht bloß auf den Preis des Getreides schlagen, er werde sogar bemüht sein, der vielen Zollplandereien wegen sein Getreide nach anderen Ländern zu verkaufen. Und daß das inländische Getreide in Folge eines Einfuhrzollens im Preise ebenfalls sinken werde, sei selbstverständlich. Nun sei aber noch in Betracht zu ziehen, daß das inländische Getreide in Deutschland nicht bloß nicht genüge, sondern daß eine große Anzahl inländischer Getreide mit russischem vermenget werden müsse, um es überhaupt verwenden zu können. Ferner sei zu erwägen, daß der größte Brod-Consument der arme Mann sei und daß, während bei der directen Steuer einer zahlreichen Familie wegen eine Verminderung des Steuerfußes eintrete, bei der indirecten gerade deshalb die Steuerleistung sich erhöhe. Bei einem Zoll auf jedes andere Fabrikat könne die Concurrenz durch die vielleicht in Folge dessen erzielte momentane Geschäftsaufbesserung den Schaden wieder ausgleichen. Dies sei aber nicht bei dem Brode der Fall. Brod sei auch kein Artikel wie etwa der Tabak. Man könne sich wohl des Consums des Tabaks, aber nicht des Brodes enthalten. Daß der Landmann von einem Getreidezoll keinen Vortheil habe, werden ihm die vielen hier anwesenden Landwirthe, unter diesen viele Delegirte des augenblicklich in Berlin versammelten deutschen Landwirtschaftsrathes, bezeugen. Die unaufrichtigen Krieger, die Handel und Wandel lähmen, eine unendliche Militärmacht erfordern und jetzt gar eine Welt im Besitze haben, seien die Ursachen des wirtschaftlichen Nothstandes und nicht die bisherige Wirtschaftspolitik. Wenn man genöthigt sein sollte, der drohenden Seuche wegen die russischen Grenzen abzuperrnen, dann werde man den Schaden auch ohne Getreidezoll fühlen. Die Verhältnisse seien traurig genug; vertheuere man nicht noch obendrein die unentbehrlichen Lebensbedürfnisse. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) Dr. v. Wangenheim (conservativ). Ein Getreidezoll sei deshalb nicht schädlich, da das russische Getreide viel billiger sei, als das deutsche. (Ruf: Schluß! Schluß! heftiger Arm.) Rußland müsse trotz eines Eingangszollens das Getreide durch Deutschland führen, da die Oefen jährlich 9 Monate zugestrotzt sei. (Heftige Unterbrechung.) Der Beifall der Wahl- und Schlachtsteuer habe den Consumenten keinerlei Vortheil gebracht. (Arm. Ruf: Schluß! Schluß!) Daß das Vorgehen des Kaisers richtig sei, beweisen die eingehenden Proteste seitens der Engländer. (Heftige Unterbrechung.) Die vielen Kriege haben die wirtschaftliche Misere nicht verschuldet. (Heftige Unterbrechung.) Frankreich habe noch viel mehr und obendrein unglückliche Kriege geführt und in diesem Lande herrsche Wohlstand. (Heftiger Arm.) Herr Pfeiländer (Socialdemokrat): Er strebe sich, daß die Fortschrittspartei jetzt ebenfalls in die Öffentlichkeit trete; früher sei dieselbe bei öffentlichen Versammlungen ins Mansfeld getreten. (Stürmischer Beifall und heftige Unterbrechung.) Er sei mit den Ausführungen des Abgeordneten Richter vollständig einverstanden. Herr Richter habe gesagt, die sich immer mehr ägernden Ausgaben für die Armee und Marine haben den Kaiser zu neuen Steuern und schließlich zu seiner Schutzpolitik veranlaßt. Er richte die Frage an Herrn Richter, warum die Fortschrittspartei die socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage ausgelacht habe, als diese den Antrag auf Herabsetzung und Herabsetzung der Militärdienstzeit auf ein

Jahr beantragten. Wenn die Herren es nunmehr mit dem Volke aufrichtig gut meinen, so mögen sie folgender Resolution zustimmen: „In Erwägung, daß die Ausgaben für Militärvzwecke außerordentliche Steuern nöthig machen und die Hauptveranlassung sind indirecte Steuern einzuführen, erklärt es die Versammlung als erste Pflicht jedes Abgeordneten, dahin zu wirken, daß die Ausgaben für Militärvzwecke verringert werden und den Antrag der socialdemokratischen Abgeordneten auf einjährige Militärdienstzeit zu unterstützen.“ (Stürmischer Beifall und heftige Unterbrechung.) Fabrikant Heffel: Er sei ein alter Praktiker und könne versichern, daß die indirecte Steuer den armen Mann niemals so drücke wie die directe. (Großer Arm.) Die deutsche Industrie befinde sich in einem Zustande, daß sie ohne Schutzzölle zu Grunde gehen müsse (Arm); daß es so weit gekommen, habe der radicale Freihandel verschuldet. (Großer Arm.) Abg. Ludwig Löwe: Er müsse den Socialdemokraten bemerken, daß die Abgeordneten zur Zeit im Reichstage den Antrag gestellt haben, die Armee auf 80,000 Mann zu verringern (Ruf: Ja, gut genug!) und eine einjährige Dienstzeit einzuführen. Drei Monate sollte der Soldat bei der Fahne sein und alldann nur zu Uebungen eingesetzt werden. (Ruf: Das ist doch vernünftig!) Ueber eine solche Forderung konnte man selbstverständlich nur lachen. (Stürmischer Tumult.) Abg. Eugen Richter: Herr Heffel habe er zu bemerken, daß wir von dem radicalen Freihandel in Deutschland noch weit entfernt seien. Von den 490 im Handelsstatistik verzeichneten Artikeln gebe es noch 182, die in Deutschland einem Zoll unterliegen. Dem socialdemokratischen Redner müsse er bemerken, daß er persönlich stets den Kampf mit den Socialdemokraten aufgenommen habe. (Ruf: Concerthaus.) Er wolle heute die Socialdemokraten nicht angreifen, da sie gewissermaßen waffenlos da stehen. (Ruf: Warten Sie, es wird Ihnen ebenfalls so ergehen.) Er und seine Partei werden bemüht sein, den Socialdemokraten wieder das volle Staatsbürgerrecht zu verschaffen, nicht aus Liebe zu den Socialdemokraten, sondern weil er der Ueberzeugung sei, daß nur dann die Socialdemokraten mit Nachhaltigkeit bekämpft werden können. Dem Vorwurf, die Fortschrittspartei habe noch Nichts für das Volk gethan, begreife er mit der Erinnerung an die Consociation. (Stürmischer Beifall und heftige Unterbrechung.) Es gelangte schließlich folgende Resolution mit allen gegen etwa 10 Stimmen zur Annahme: „Die Versammlung spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die Abgeordneten jeden Versuch aus Vertheuerung der unentbehrlichen Rohstoffmittel des Volkes mit Entschiedenheit zurückweisen werden.“ — Auch die Pfeiländer'sche Resolution gelangte mit Zustimmung des letzten Saales, d. i. also bis zu den Worten „verringert werden“, mit demselben Stimmenverhältnis zur Annahme. Für den letzten Saal der Pfeiländer'schen Resolution erhoben sich etwa 800 bis 1000 Stimmen. Unter Lärmem vermochte alsdann der Vorsitzende Dr. Dornes den Schluß der Versammlung zu verkünden. Derselben wohnten eine große Anzahl Abgeordnete und viele Delegirte des deutschen Landwirtschaftsrathes bei.

Preussischer Landtag.

Berlin, 28. Januar. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hat in einer Mittheilung an das Staatsministerium den Wunsch zu erkennen gegeben, daß der Termin der Reichstagsöffnung auf das letzte Drittel des Februar verlegt werde, weil ein Theil der wichtigsten Arbeiten zwischen dem 12. und 20. nächsten Monats zu erledigen ist und unter solchen Umständen ein Zusammentreten der beiden Körperschaften mit